



Antrag

der Fraktionen von CDU und SPD

Bekämpfung von politischem Extremismus und Fremdenfeindlichkeit - Stärkung der Demokratie

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, zur 21. Sitzung des Landtages über ihre Aktivitäten zur Bekämpfung von politischem Extremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie zur Stärkung der Demokratie schriftlich zu berichten.

Der Bericht soll über eine Bestandsaufnahme hinaus die neuen Fördermaßnahmen im Rahmen des Programms des Bundes „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ einbeziehen und auch Erfordernisse für die Zukunft beschreiben.

Darüber hinaus ist in der 21. Sitzung des Landtages mündlich ein Lagebild zur aktuellen Entwicklung des politischen Extremismus in Schleswig-Holstein darzulegen.

Begründung:

Die Bekämpfung des politischen Extremismus von „rechts“ und „links“ sowie von Fremdenfeindlichkeit ist eine wichtige Aufgabe. Die jüngsten Wahlerfolge rechtsextremer Parteien und die Zunahme politischer motivierter Gewalttaten bundesweit machen es erforderlich, Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Entwicklung und zur Stärkung der Demokratie zu ergreifen.

Peter Lehnert
und Fraktion

Thomas Rother
und Fraktion